

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Offiziöser Patriotismus.

Ob die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ die Erfinderin der „Reichsfeinde“ ist, dessen erinnern wir uns nicht mehr genau; aber das wissen wir, daß sie mit diesem Schlagwort um sich geworfen hat in einer Weise, daß kein Fenster in der Reichsfeindschaft heil geblieben, wenn das Schlagwort ein Stein gewesen wäre.

Mit dem Titel „Reichsfeind“ beehrte das governementale Blatt Leben, der mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden erklärte, oder der irgend eine verfassungsmäßige Maßregel auf internationalem Wege lösen wollte. Der internationale Kapitalismus oder die internationale Unterdrückung ist natürlich nicht reichsfeindlich, sondern gilt bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ für national.

Deshalb ist das Blatt auch gar zu entzückt von dem bänischen Ministerium Strup, trotzdem dasselbe anti-deutsch ist.

Der Kernpunkt der Streitfrage in Dänemark zwischen Regierung und Opposition ist nämlich die Militär- und Befestigungsfrage. Die Regierung möchte aus Dänemark einen Militärsaat machen, der seine Spitze gegen Deutschland richtet.

Spotte man nicht über eine solche Idee. Für sich allein kann Dänemark allerdings nichts ausrichten, aber im Falle eines größeren Krieges mit Rußland oder Frankreich wird es dann ein unbequemer Nachbar und kann durch die geplante großartige Befestigung Kopenhagens besonders für die deutsche Marine gefährlich werden.

Die bänische Opposition nun will der Regierung die Mittel nicht bewilligen zum Militärsaat und zur Befestigung Kopenhagens, die Opposition ist die Partei des Friedens, sie hat unversehens schon mehrmals ihre Sympathien für Deutschland zur Schau getragen und dennoch wird sie von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekämpft, während die deutsch-feindliche bänische Regierung von diesem deutschen governementalen Blatte unterstützt wird.

Wenn das unqualifizierbare Wort: „Reichsfeind“ jemals angewandt zu werden verdiente, so müßte man es in der That bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ anwenden.

Schon im Jahre 1879 schrieb der bekannte bänische und deutschfreundliche Schriftsteller Georg Brandes über das bänische Ministerium Strup:

„Die Gendarmen, welche die Hauptverantwortung für das Unglück Dänemarks tragen, die haben ja einen solchen Terrorismus ausgeübt, daß es für einen Mann fast unmöglich geworden, Dänemark etwas Wahres von Deutschland oder Deutschland etwas Wahres von Dänemark zu sagen, ohne sich einer Beschuldigung der Landesverräterei auszusetzen!“

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

Das gemeinsame Bündniß näherte die beiden Schwäger aneinander rasi, der Schließer forderte Siebel sogar auf, mit ihm in die Schenke zu gehen, und er war im höchsten Grade erstaunt, als diese Einladung abgelehnt wurde.

„Ich will's einmal versuchen, ob ich nicht dem Bösen widerstehen kann,“ sagte der Bagabund mit entschlossener Miene, „wäre's auch nur, um meiner Frau zu beweisen, daß ich besser bin wie sie, und daß ich ein Recht habe, sie zu verlassen. Geh's nicht, na, dann komme ich immer noch reich genug auf den alten Weg zurück, und gelings's, so leb' ich vielleicht ein paar Jahre länger.“

„Daran läge mir wenig,“ erwiderte der Schließer, „es ist ja doch nur ein halbes Leben, ein Hund hat's besser.“

„Wenn wir den Holzhandel anfangen —“

„Ich glaub' noch nicht daran!“

„Wir fangen ihn an, sobald wir das Geld haben.“

„Ich bin lang genug in Holland gewesen, um zu wissen, was daran verdient werden kann, man wird reich dabei.“

„Und wer soll uns das Geld geben?“ fragte der Schließer zweifelnd.

„Das wird sich finden, sobald wir wissen, worauf jenes Geheimniß sich bezieht. Ich hab' guten Muth, seitdem ich weiß, daß der Gefangene, meine Frau und der Bruder der Generalin unter einer Decke liegen, da muß gewiß was herauskommen, was für uns werthvoll ist.“

„Aber seid vorsichtig,“ bat die Frau, als die beiden Männer jetzt Anstalten trafen, sich zu entfernen, „Niemand darf etwas davon erfahren, Robert würde augenblicklich entlassen, wenn die Briefgeschichte an den Tag käme.“

„Das wissen wir auch,“ erwiderte Siebel, „aber Herr

Und heute setzt ein Kopenhagener Korrespondent der nationalliberal-gouvernementalen „Elberfelder Zeitung“, der allerdings der Opposition angehört, diesem Worte des bedeutenden Schriftstellers noch hinzu:

„Dies ist noch der Fall im Jahre 1885.“

Derselbe Korrespondent aber äußert sich dann über die „Nordd. Allg. Ztg.“ in folgender wenig schmeichelhafter Weise:

„Um so viel schmerzlicher berührt es einen Dänen der Opposition, wenn er sieht, wie stark das Hauptorgan des viel bewunderten, mächtigen deutschen Reichsanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, für unsere jetzige Regierung Partei nimmt, wie feindlich die Korrespondenzen dieses Blattes gegen unsere Opposition sind. Wir verstehen dies nicht. Wir wollen nur eine ruhige Entwicklung unserer Verfassung und wissen nicht, wie das Deutschland Schaden sollte. Die anderen aber, die rüsten wollen, rüsten, um esentuell Revanche zu bekommen, die sagen zu uns: „Thut Ihr nicht, was wir wollen, dann kommt Deutschland!“ Wir, die Frieden und Freundschaft wünschen, wir wissen jedoch nicht, weshalb Deutschland kommen sollte, wenn unsere Politik gleichfalls Frieden und Freundschaft zeigt. Deshalb der Schmerz, wenn man sieht, daß die Sympathie der deutschen Regierungsorgane auf der Seite der Chauvinisten und Deutschhasser in Dänemark ist.“

Dies steht in der „Elberfelder Zeitung“ vom 11. Nov., zweite Ausgabe!

Und dasselbe dürfte zur Kennzeichnung unseres ersten offiziellen Blattes genug sein, so daß wir wenig mehr hinzuzusetzen haben.

Weshalb aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ die bänische Opposition bekämpft? Nun, weil dieselbe freisinnig, demokratisch ist!

Wäre das gegenwärtige Kopenhagener Ministerium liberal und die Opposition konservativ, so würde bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ das gerade Gegenteil einreten, sie würde die Opposition unterstützen und die bänische Regierung bekämpfen.

Somit ist der Standpunkt des governementalen Blattes nicht nur kurzschichtig, sondern auch antinational: Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ opfert den Patriotismus auf dem Altare der internationalen Reaktion.

Politische Uebersicht.

Ein dem Bundesrathe vorliegender Entwurf von Bestimmungen, wonach Kinder in 12 und 14 Jahren und Arbeiterinnen in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb nicht beschäftigt werden dürfen, ist auf Grund von Erhebungen der preussischen Regie-

rung bezüglich der Drahtziehereien im Regierungsbezirk Arnberg ausgestellt worden. Das Verbot gründet sich darauf, daß diese Betriebe, welche von dem Zustusse des aus unbedeutenden Bächen kommenden Wassers abhängig sind, während eines großen Theiles des Jahres regelmäßige Arbeitsschichten nicht einhalten können und daher jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen leicht mehr mit Arbeit überbürden müssen, als denselben zuträglich ist. Die Gestattung von Ausnahmen ist denjenigen nachgebildet, welche für Glashütten mit zeitweiser Betriebsunterbrechung zugelassen worden sind.

Zu den Diätenprozessen nehmen nun auch die offiziellen „D. V. N.“ Stellung. In einem Artikel dieses Blattes wird das Verlangen geäußert, die Empfänger von Parteidiäten wegen Verfassungsbruches mit Exklusion aus dem Parlament zu bestrafen. Sollte die rechtliche Handhabe dazu fehlen, was wir im Augenblick nicht übersehen können, so müßte Art. 32 zu einer lex perfecta gemacht werden — so meint das Blatt. Die „Voss. Ztg.“ bemerkt zu dieser Auslassung: Daß sich diese Idee, wenn sie wirklich besteht, in verantwortliche offiziöse Organe noch nicht wagt, ist erklärlich genug. Wer droht, muß, um ernsthaft genommen zu werden, auch die Mittel haben, seine Drohung auszuführen. Ließen sich die Zweidrittelmajoritäten für Verfassungsreformen einfach kommandiren, so hätte der Reichstag schon ganz andere Dinge erlebt, als die ihm von den „Berl. Pol. Nachr.“ zugedachte governementale Selbstjustiz.

Auch die „Nat. Ztg.“ polemisiert gegen die sonderbare Drohung des offiziellen Blattes, sie schreibt: Die Frage, ob der Bezug von Parteidiäten verfassungswidrig ist, steht zur Zeit, und zwar auf Veranlassung der Regierung, zur Entscheidung der Gerichte; offiziöse Erörterungen, welche von der Voraussetzung der Verfassungswidrigkeit ausgehen, können daher zunächst gar keinen Eindruck machen. Etwas Anderes ist es, wenn eine Abänderung des Art. 32 zu dem Zwecke, die Annahme von Parteidiäten auszuschließen, beantragt werden soll. Die fortschrittliche Einrichtung dieser Diäten ist wohl zuerst von uns aus sachlichen Gründen bekämpft worden, und wir haben diese unsere Ansicht nicht geändert, wenn wir das jetzige Vorgehen des preussischen Fiskus als unhaltbar und gebührend betrachten. Erheblich anders, als im fortschrittlichen, steht es aber offenbar um die sozialdemokratischen Parteidiäten; es ist klar, daß ohne solche die Sozialdemokratie gegenwärtig nicht im Stande wäre, so viele Abgeordnete zu finden, als sie Mandate zu vergeben hat; und nachdem auch der Reichsanzler das Bestehen einer sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag als unter den obwaltenden Verhältnissen politisch erwünscht bezeichnet hat, ist nicht abzusehen, wie die Regierung eine Maßregel rechtfertigen könnte, durch welche es durchaus unmöglich würde. Ein Antrag auf Abänderung des Art. 32 in dem offiziös angedeuteten Sinne würde mit Nothwendigkeit die Wiederholung des Antrags auf Gewährung von Diäten aus der Reichskasse veranlassen; und im Hinblick auf die sozialdemokratische Fraktion würde das lebensschädliche Vorgehen der Regierung gegen die Parteidiäten ein neues und schwerwiegendes Argument für die Einführung von Reichsdiäten werden.

barth ins Wort. „Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen darüber gesagt habe, ich gebe mich nicht dazu her.“

„Und wenn es nun gälte, einen Schuldlosen zu befreien?“

„Ob ein Gefangener schuldig ist oder nicht, habe ich nicht zu untersuchen, das müssen die Richter verantworten, die ihn verurtheilt haben. Ich thue, was meines Amtes ist, und damit basta!“

„Ihr würdet es auch dann nicht thun, wenn Ihr keine Folgen zu fürchten hättet?“ erwiderte Rabe.

„Unter keiner Bedingung!“

„Reben wir nicht weiter darüber. Aber sollte der Gefangene diese Frage an Euch richten, dann antwortet ihm nicht so schroff, nehmt ihm nicht jede Hoffnung —“

„Ich werde ihm dasselbe antworten, was ich Ihnen gesagt habe, solche Hoffnungen darf man einem Gefangenen nicht machen.“

„Ihr habt einen harten Kopf!“

„Ich handle, wie die Pflicht es mir gebietet, und mich hats schon genug geärgert, daß ich sie verlegte. Fordern Sie nun nicht mehr, ich könnte es nicht gewähren.“

„Na, vielleicht reden wir später noch einmal darüber,“ brach Rabe das Gespräch ab, „der Gefangene wird wahrscheinlich freigesprochen werden, dann ist die Sache erledigt. Morgen Abend hole ich die Antwort.“

Er wandte dem Schließer den Rücken und schritt auf demselben Wege, auf dem er gekommen war, wieder von dannen, gleich darauf stand Siebel neben seinem Schwager.

„Habt Ihr ihn erkannt?“ fragte der letztere.

„Es ist der Bruder der Generalin.“

„Und hörtet Ihr auch, was er von mir forderte?“

„Ja, wenn ich auch nicht jedes Wort verstand. Später fordert er das noch einmal und dann wirds als Befehl herauskommen. Er wird Euch drohen, wenn Ihr Euch weigert, deshalb ist es gut, daß Ihr mich zum Verbündeten habt.“

„Er hat mir nichts zu befehlen —“

„Ihr seid in seiner Hand, Schwager, er kann Euch beim Gefängnisdirector deunziren —“

Der Diätenprozeß gegen den Abgeordneten Kräder sollte am 11. d. M. verhandelt werden. Wie verlautet, ist derselbe aber auf den 17. d. M. verlegt worden. Die Druckerei „Silesta“, demselben Abgeordneten gehörig, ist noch immer geschlossen, obgleich drei Monate seit Schluß derselben vergangen sind. Die „Vol. Ztg.“ meint dazu: „Da in letzter Zeit wenig oder gar keine Verbote auf Grund des Sozialistengesetzes erlassen sind, welche der Reichskommission zum endgültigen Entschluß unterbreitet worden sind, so scheint die Frage, ob der Abgeordnete Kräder als einzelne Person einen Verzeihungsantrag oder nicht, sehr viel Arbeit zu machen. Die Polizei scheint hier ein Problem aufgestellt zu haben, dessen Kolumbus noch nicht gefunden ist.“

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet das königliche Polizeipräsidium zu Berlin:

1) die Broschüre „Sozialdemokratische Bibliothek“ I, „Gesellschaftliches und Privat-Eigentum“. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. Göttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885;

2) die Broschüre „Sozialdemokratische Bibliothek“ II, „Karl Marx vor den Römern Geschworenen“. Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufruhrs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Mit einem Vorwort von Fr. Engels. Göttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885;

3) die nicht periodische Druckschrift: „Ein Streifzug auf dem Gebiete der kulturgeschichtlichen Entwicklung im Zusammenhang mit der Idee des Sozialismus“. Ein Vortrag, gehalten von Karl Langner vor dem Verein der Liberalen Liga“ in Coansville, Indiana. Preis 10 Cents. Druck von Gutenberg und Froelich, Coansville, Indiana 1885.

Verlängerung der Wahlperioden, insbesondere derjenigen des Reichstags, wird von der Nationalliberalen Korrespondenz empfohlen. Die nationalliberale Partei scheint also ihren konservativen Freunden jetzt auch in Bezug auf Verfassungsrevision den Rang ablaufen zu wollen. Eine Verlängerung der Wahlperioden giebt der Regierung die Möglichkeit, eine ihr genehme Zusammensetzung der Volksvertretung länger auszunutzen zu können, während die Regierung umgekehrt jederzeit in der Lage ist, durch Auflösung zu versuchen, die Lebensdauer einer ihr widerstrebenden Mehrheit abzukürzen.

Anleihegesetz. Das auch in diesem Jahre erscheinende Anleihegesetz zur Deckung von außerordentlichen Ausgaben der Verwaltung des Meeres, der Marine u. s. w. wird, wie man der „Neu-Ztg.“ schreibt, die Summe von 35 428 457 Mark fordern; hierzu treten noch 4 Millionen Mark als Beitrag des Reiches zu den Kosten des Zollanschlusses von Hamburg, welche in das Anleihegesetz nicht aufgenommen waren, weil die Ermächtigung zu ihrer Beschaffung im Wege der Anleihe bereits durch das Gesetz vom 16. Februar 1882 erteilt worden ist. Es erhöhen sich somit die veranschlagten Reichsschulden um nahezu 39,5 Millionen. Da von den nahezu 25 Millionen Mark außerordentlichen Ausgaben für Zwecke des Reichsheeres nur 10 787 101 Mark aus der Anleihe, der Rest aber zum größten Theile aus dem Festungsbaufonds und durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden sollen, so dürfte der Haupttheil des Restes von nahezu 25 Millionen Mark der Anleihe auf außerordentliche Ausgaben für die Marine kommen.

Wahlproteste. Zu denjenigen Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, welche mit Sicherheit und wohl auch mit Erfolg werden angefochten werden, gehören diejenigen in Bielefeld und Neuwied. Ueber diese Mandate ist durch eine Stimme Mehrheit, über eines der beiden Mandate von Neuwied sogar durch das Loos entschieden worden, und es liegen sehr fristige Einwendungen gegen die Gültigkeit einiger Wahlmännerwahlen vor.

Von den sozialpolitischen Vorlagen wird dem Reichstag zuerst der Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge für die Beamten und Personen des Soldatenstandes bei Betriebsunfällen, zugehen. Hierzu wird der „Vol. Ztg.“ geschrieben:

Der ursprüngliche, dem Bundesrathe im Frühjahr dieses Jahres vorgelegte Entwurf hat den Ausschüssen zu sehr lebhaften Debatten Veranlassung gegeben und war von diesen einer fast vollständigen Umarbeitung unterzogen worden. Die Ausschussanträge gelangten erst nach Schluß des Reichstags, dessen auf das Plenum, welches sich mit denselben in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen wird. Die Höhe der bei Unfällen zu zahlenden Rente entspricht dem Gesetze vom Jahre 1883; dagegen sind die Beamten insofern ungünstiger gestellt als die industriellen Arbeiter, als das Recht auf Rente nicht nur erlöschen soll wenn der Betriebsunfall vorsätzlich herbeigeführt ist, sondern auch im Falle der Verschuldung. Inzwischen ist von preussischer Seite zu diesem Beschlusse der Ausschüsse ein Abänderungsantrag dahin gestellt und nachträglich auch angenommen worden, daß das Recht auf Rente nur dann erlöschen soll, wenn das den Unfall verschuldende Verhalten des Beamten u. s. w. Dienstentlassung, Verlust des Titels und Penfions-Anspruchs, Buchhabungsstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge hat. Nach den Be-

schlüssen der Ausschüsse sollte die Unterstützung, welche der Beamte aus einer Krankenkasse, der er auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung angehört, erhält, für die ganze Dauer der Verpflichtung der Rente von der Rente in Abzug kommen; auch diese Bestimmung ist, entsprechend dem Gesetze von 1883, dahin gemildert, daß die Krankenunterstützung nur während der 13wöchentlichen Karenzzeit in Abzug gebracht werden soll.

Die Lage des landwirthschaftlichen Großbetriebes wird von den junkerlichen Interessenpolitikern in den düstersten Farben geschildert. Die Thatfachen sprechen gegen diese Feherrichtungen. Der Nothstand der Landwirtschaft ist freilich vorhanden — für den Bauern, den Kleingärtler, mit einem Wort für den Klein- und Mittelgrundbesitz. Das Landleben ist aber geduldet vortrefflich, und das „Berliner Volksblatt“ hat bereits mehrfach an der Hand amtlichen Materials die Auffassung der Zwergwirtschaft durch den großkapitalistisch wirthschaftenden Großgrundbesitz schlagend nachgewiesen. Vor uns liegt der erste Theil einer sehr stoffreichen Schrift: Josef Heising, Die Entwicklung der landwirthschaftlichen Verhältnisse auf den reichspräval. — freilandesherrlich — Schaafgötschen Güterkomplexen in der Provinz Br. Schlesien. Der Verfasser, der die eingehendsten Quellenstudien gemacht hat, giebt auch äußerst belehrende Daten über die Reinerträge der herrschaftlichen Güter. So liefert er z. B. für die Herrschaften K y n a s t und Greiffenstein folgende Zusammenstellung:

	K y n a s t		Greiffenstein	
	1749, 1750, 1752	1756—1758	1791—1793	1791—1793
	Mark	Fl.	Mark	Fl.
Einnahme	133 325	49	89 424	65
Ausgabe	39 731	93	34 845	27
Reinertrag	93 593	56	54 579	38
1791—1793				
	Mark	Fl.	Mark	Fl.
Einnahme	175 659	36	175 236	82
Ausgabe	52 065	68	95 094	20
Reinertrag	123 593	68	80 142	62
1878—1880				
	Mark	Fl.	Mark	Fl.
Einnahme	705 712	47	285 083	95
Ausgabe	205 909	24	188 750	24
Reinertrag	499 803	23	96 333	71

Man sieht, daß von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis auf unsere Tage der Fortschritt der Profite mit Siedemellenstiefeln sich vollzogen hat, Dank der von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich vervollkommnenden Technik und Landwirthschaftswissenschaft. Die Ergebnisse dieser oder anderer, dazu bedarf es großer Kapitalien, und darüber verfügten die reichspräval. freilandesherrlich Schaafgötsche. Sie beuteten ihren Grundbesitz durch Ackerbau aus, trieben Viehzucht, brannten Schnaps, bauten Mehl-, Brett-, Papier-, Wall- und Schleifmühlen, hatten Bleichen, Torfgräber, Ziegelei, Bäder, sie waren und wurden immer landwirthschaftliche Großindustrielle, großindustrielle Landwirthe. Inlenso und extenso im großen Maßstab wirthschaftend erzielten sie diese kolossal gewachsenen Reinerträge. In noch nicht hundert Jahren von 1793 bis 1880 hat sich der Gewinn aus der Agrarwirtschaft mehr als vervierfacht. Wie nöthig ist für solch nothleidende Agrarier die feste Erhöhung der Getreide-, der Vieh-, der Holzpreise!

Die Münchener Volksparteiler haben in einer öffentlichen Versammlung in Duobergausgabe den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag kritisiert und sich zu folgender Resolution aufgeschwungen: „Die Versammlung erklärt den von der bayerischen Regierung abgeschlossenen Auslieferungsvertrag mit Russland für eine dem Sinne der Reichsverfassung und den Wünschen des bayerischen Volkes durchaus zuwiderlaufende Maßregel, bedauert dieselbe aufrichtig und spricht die Hoffnung aus, die bayerische Regierung werde allen weiteren Versuchen, an den Grundgesetzen der Verfassung des Reiches wie an altbewährten bayerischen Einrichtungen zu rütteln, energischen Widerstand entgegenzusetzen.“ — Treffend bemerkt zu diesem Produkt bürgerlich-demokratischer Mannesmuthe ein Organ der Münchener Arbeiter, der „Bayerische Landbote“: „Aber auch außerhalb des Parlamentes erhebt sich das Ministerium großen Vertrauens, wie die Demokratenversammlung vom letzten Samstag zeigte. Der Referent, Herr Krieger, ist einer der Mitbegründer der norddeutschen demokratischen Partei und gilt im hiesigen demokratischen Verein als der „Radikale“; dennoch sprach auch er seine Hoffnung auf das bayerische Ministerium aus und erwartet von ihm nicht nur die Erhaltung der „altbewährten“

bayerischen Einrichtungen (z. B. des Vereinsgesetzes von 1850), sondern auch die Zurückweisung aller Angriffe auf die Reichsverfassung. Mehr kann man nicht verlangen! Wenn es so forciert, werden die Demokraten den „Patrioten“ bald „über sein im Ministersturz.“ — Es ist eben die alte Geschichte, Demokratie ohne soziale Grundlage ist und bleibt — Astenokratie.

Eberfeld, 12. November. Eine Volksversammlung, besucht von gegen 1000 Personen, den verschiedenen Parteien angehörend, hat hier am 8. d. Mts. im Saale des „Johannishofes“ über Eugen Richter, den sogenannten „Volkstribunen“, ein Volksgericht abgehalten, welches ohne Annahme von Widerstandsgründen mit der erbarungslosen Verurteilung des Angeklagten endigte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Redakteurs Ferdinands Gille, welcher der demokratischen Partei angehört, richtete der Vorsitzende wiederholt die Anfrage an die Versammlung, ob Jemand zur Verteidigung des Herrn Richter das Wort nehmen wolle. Aber unter allgemeiner Heiterkeit mußte konstatiert werden, daß unter den Tausenden auch nicht Einer war, der sich gemüthigt gesehen hätte, für den nicht erschienenen Angeklagten das Wort zu ergreifen. Der Raumann gab hierauf im Namen der Sozialdemokratie die Erklärung ab, daß Herr Richter für sie längst nicht mehr existire; man sei über den Mann zur Tagesordnung übergegangen und halte es nicht für würdig, auf einem politischen Radover heruzutreten. Da sich weiter Niemand zum Wort meldete, wurde zur Abstimmung über eine von Herrn Gille in Vorschlag gebrachte Resolution geschritten. Die Annahme derselben erfolgte mit allen gegen 6 Stimmen. Diese Resolution lautet wie folgt:

„Die am 8. November 1885 im Saale des „Johannishofes“ zu Eberfeld tagende große Volksversammlung erklärt, daß der Abgeordnete Eugen Richter nicht belang sein kann, sich als ein Freund der Wahrheit und des Volkes darzustellen. Herr Richter vielmehr ein eigezeitiger Fraktionspolitiker, der, wenn es sich um die speziellen Interessen seiner Partei und Partei handelt, nicht Anstand nimmt, die Sache der Wahrheit, wie die des Volkes zu verrathen. Um seinen autoritativen Einflüssen mehr noch fröhnen zu können, ist er eine Verleumdung eingegangen mit den Männern des kraftvollen Manchesterthums und hat Hohn und Spott für die Leiden und Klagen des schwer bedrückten arbeitenden Volkes. Es können daher namentlich die Arbeiter diesen Mann nicht für einen Vertreter ihrer Interessen anerkennen, wie sie ihn überhaupt nicht für einen Mann zu halten vermögen. Die heutige große Volksversammlung weist demgemäß jede politische und gesellschaftliche Gemeinschaft mit dem sogenannten Volksvertreter Eugen Richter weit von sich ab.“

Die Bundesrathsausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben einen umfangreichen Bericht über die Zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke erstattet und Empfehlungen darüber als Ermächtigung für die obersten Finanzbehörden beantragt, welche theils die Fabrikation zweigle, theils die Stoffe der Verarbeitung mit Petroleum genau festlegen und auch Weisungen über die Kontrolle des frei bleibenden Petroleum enthalten.

Die Enthüllungen des Herrn Lösche über die Verhältnisse am Kongo haben großes Aufsehen erregt. Selbst die „Neuzeitung“ hält es für angeeignet, zur Voricht bei der Urtheilung der materiellen Zukunft des Kongoreiches zu mahnen. Die Begeisterung für diese internationale Schöpfung, welche zur Zeit der Kongokonferenz in höchster Blüthe stand, wird durch die Mittheilungen des Widersachers Stanley's erheblich abgekühlt werden. Die Rolle, welche Dr. Stanley aus dem Neben der Kongokonferenz hier gespielt hat, wäre wahrscheinlich unmöglich gewesen, wenn Dr. Bechuel-Lösche das Schmeichelein über seine Erfahrungen etwas früher geäußert hätte. Alles das, was in dieser Veröffentlichung über den Kongo gesagt ist, in noch höherem Grade von Ostafrika gilt, kaum der Erwähnung. Unsere Ostafrikaner aber geben den als ob ihre Unternehmungen auf gesünderer Basis beruhten.

Der russisch-bayerische Auslieferungsvertrag gestern in der bayerischen Kammer zur Verhandlung, vorläufig nur folgende telegraphische Mittheilung von der Beratung des Staats des Ministeriums des Auswärtigen: Der Minister des Auswärtigen gegenüber den Auslieferungen Frankensberger's, Josef Geiger's, Marquard's, Papin's und Kopp's eingehend den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag, der in Folge des preussisch-russischen Vertrages nothwendig sei, so lange der Reichsanwalt einen Vertrag für inopportun halte. Er (der Minister) übernahm als alleiniger bayerischer Unterzeichner die Verantwortung den Vertrag. Die neuen Abmachungen seien durch das Auftreten der Anarchisten nothwendig geworden. Da die Reichskompetenz nicht ausgeübt werde, müsse die Staatskompetenz eintreten. Ueberhaupt sei es noch ungewiß, ob dem Reichstag ein bestimmtes

„Und wenn ich dann seinen Namen nenne?“
„Bah, was machen solche Herren sich daraus!“ spottete Siebel.
„Die kleinen Diebe hängt man und die großen läßt man laufen, das ist ein altes Wort, und mit Euch würde man wenig Umstände machen. Wie die Dinge jetzt liegen, hat der Herr Euch in der Hand, sorgen wir nun dafür, daß wir den Herrn in unsere Hand bekommen. Wo ist der Brief?“

„Was wollt Ihr damit?“
„Ich will ihn lesen.“
„Er ist versiegelt!“

„Was thut das? Der Gefangene wird sich nicht beschweren, wenn das Siegel verlegt ist, und thut er's, dann antwortet ihm dreist, Ihr wüßtet nichts davon, der Siegel muß in Eurer Tasche sich abgelöst haben.“

„Der Herr könnte es erfahren,“ sagte der Schließer zögernd, der selbst vor Ungebuld brannete, den Inhalt des Briefes zu erforschen. „Er würde mir Mißbrauch seines Vertrauens vorwerfen.“

Der Bagabund lachte höhnisch.

„Wer hat ihn denn gezwungen, Euch zu vertrauen?“ erwiderte er, während sie rasch durch die einsamen Straßen schritten, die von Zeit zu Zeit ein Blitzstrahl selbstenlang erleuchtete. „Auf einen solchen Vertrauensmißbrauch muß er bei einem Manne, den er selbst in Versuchung geführt hat, gefaßt sein! Und durch welche andere Mittel können wir das Geheimniß erforschen?“

„Ja, das ist auch wahr, aber —“
„Dummes Zeug, Schwager, hier heißt es: List gegen List! Wer der Klügste ist, der gewinnt den Preis, und ich denke, Ihr werdet auch wünschen, daß wir ihn gewinnen.“

„Nun natürlich,“ sagte der Schließer gedankenvoll. „Ich hab' weiter keine Verpflichtungen gegen den Herrn, und wenn der Untersuchungsrichter erfährt, daß der Bruder der Generalin von Studmann — aber er ist ja selbst ein Studmann!“

„Wer? Der Untersuchungsrichter?“ fragte Siebel über rascht.
„Ja, er ist ein Neffe der Generalin.“

„Im, es ist gut, daß ich das weiß, eine Krähle hadt freilich der andern kein Auge aus!“

„Die Studmann's sind mit einander verfeindet; der Untersuchungsrichter hat dem Bruder seiner Tante nicht einmal die Erlaubniß geben wollen, den Gefangenen zu besuchen.“

Ein langgezogener Pfiff war die Antwort Siebel's.
„So liegen die Dinge?“ sagte er. „Das ist freilich etwas anderes! Na, desto besser!“

Ein furchtbarer, prasselnder, knatternder Donner schnitt dem Bagabunden das Wort ab, in schweren, dichten Strömen goß der Regen nieder, aber fast in demselben Moment erreichten die Beiden auch das Haus, in dem der Schließer wohnte.

Die kranke Frau rieth anfangs von der Erbrechung des Briefes ab, indeß mußte sie auch die Gründe ihres Bruders anerkennen, die dieses Vorgehen rechtfertigten und sogar im Hinblick auf das eigene Interesse nothwendig machten.

Siebel trug gar keine Bedenken, er erbrach das Siegel und las den Inhalt des Briefes beim trübten Lampenlicht laut vor:

„Ich kann Ihnen einstweilen nichts weiter sagen, als: Schweigen Sie! Wenn Sie Alles sagen und enthüllen wollen, dann wird der Verdacht, der jetzt auf Ihnen ruht, dadurch nur eine weitere Bestätigung erhalten. Ihre Enthüllungen geben jener That neue Motive, Sie können also für Ihre eigene Person nichts gewinnen, sondern nur verlieren. Und bedenken Sie wohl die weiteren Folgen, ich kann Sie nicht dringend genug darauf aufmerksam machen. Ist die andere Person auch schuldlos, so wird doch auch auf sie ein Maler fallen; Sie kennen das Sprichwort, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Deshalb harren Sie aus und schweigen Sie, beweisen kann man Ihnen nichts, und es ist nicht denkbar, daß Sie verurtheilt werden. Was ich thun kann, das soll geschehen, darauf dürfen Sie sich verlassen. Justizrath Walter, unser tüchtigster Advokat, wird Sie verteidigen, ich spare keine Mühe und keine Kosten, um die Sache zu einem guten Ende zu führen, und selbst wenn eine Verurtheilung er-

folgen sollte, wird wohl noch ein Weg gefunden werden, auf dem Sie in die Freiheit zurückkehren können. Thun Sie mir mit einigen Worten mit, ob ich auf Sie verzichten darf, und sollten Sie irgend einen Wunsch hegen, so machen Sie ihn zu erfüllen suchen.“

Der Bagabund ließ die Hand, die den Brief hielt, sinken, und blickte seinen Schwager erwartungsvoll an.

„Das ist Alles?“ fragte der Schließer.
„Ja, es ist nichts und doch auch wieder viel,“ erwiderte Siebel, „der Gefangene soll schweigen, nicht enthüllen, halt, da unten am Rande steht noch etwas.“

„Und ebenfals schweigen, wie konnten Sie nur zweifeln? Sie weiß, daß sie ihrer eigenen Person wegen nicht reden darf und fürchtet nichts mehr, als daß das Geheimniß verrathen könnten.“ — Da haben wir es! Meine Frau ist in die Geschichte mit verwickelt!“

„Wenn man nur von der Geschichte selbst eine Ahnung hätte!“ sagte der Schließer.

„Jetzt schlau und verschwiegen, Schwager! Wir müssen Beide spioniren, ich bei meiner Frau, Ihr bei dem Gefangenen und dem sauberen Herrn.“

„Ich werde nichts heraus bringen!“
„Ja, wenn Ihr jetzt schon den Muth verliert, wird freilich wenig oder nichts herauskommen. Spielt die Postillon noch länger, besorgt alle Briefe, wir werden vorher lesen, und wenn Ihr mit dem Gefangenen über die Sache reden könnt, dann thut es, Ihr braucht ja nicht der Thür in's Haus zu fallen, man muß das langsam vor sich führen, eine Drohung im richtigen Augenblick kann auch zum Ziele führen. Darüber reden wir noch. Ich mache meiner Frau die Hölle heiß, sie soll dem Geheimniß heraus rücken.“

„Du willst also doch zu ihr zurückkehren?“ fragte der Kranke.

„In den ersten Tagen noch nicht, aber ich werde dem alten Knecht auf gutem Fuße bleiben, vielleicht in Jahre ich durch ihn etwas. Den Brief müssen wir schreiben, Schwager.“

„Zu welchem Zwecke?“
„Wir können ihn vielleicht später gut gebrauchen.“

Vertrag des
Die Anwesen
schen, der
ngt. Falls
der Reichsp
Möglichkeit
Vertrag zu
schen Kaiser
daß er jede
Nacht Baner
zweihundert
Vertrag
versuchte sich
bedeuten An
Dredner
mit einer Z
wieser wird
ende. Sach
verfolgt, es
Nachnamen
Unfallverfä
das die K
Zweihundert
entworfene
Verordnun
Reform der
entwurf für
schen A
Vertrag von
Anfang einer
hast der Be
folge des V
Namen hat
Zweihundert
und eine an
verhältnißl
hat einen er
weiterer
ung der G
Zweihundert
Zweihundert
Zweihundert
Zweihundert
Zweihundert

Paris
schen En
Kandalar
bis Kanun
Sach. Die
vorigen Qu
Times“ wir
Der Oberlon
schreit einer
welcher die
leinen. W
liche Europä

Kapstad
schiffes „Gne
der deutsche
abgeholt hat
in Kapstad
speiten zu d
ein Mitsch
gelehrt. Die
hier beträcht
Regierung ge

Der Me
seinem Blatte
2. November
Der Tod d
ist es erbi
worden. E
halten. Der
Kammet abt
von Hall de
tion im
das Material
war, die
Sach, die
Sach auf
Lomper au
gelaut. Ma
möglichst B

Expier, wen
mir ihn in
Dem E
holte aus
schrieb selb
darauf vern
möglichst auf
„Na, er
während er
berathete,
webet grob,
„Und n
verleihen S
„Dann
Kammet mid
mir auch ab
is ärgerlich
hast.“

„Wirb
„Dat b
„Er ha
„Grinn
„Im, h
rulin von E
ob die Ber
geschriatel
und Tochter
„Was
„Weiß
im gar kein
nicht.“

„Er fro
„Ja, o
dann fragte
„Ueber
„Er m
kommen, in
auf so schw
man außer

„Ueber
„Er m
kommen, in
auf so schw
man außer

„Ueber
„Er m
kommen, in
auf so schw
man außer

nicht habe ausgeführt werden können, da die Person in der bezeichneten Akademie nicht aufzufinden sei; falls Herr Sonne aber weitere Recherchen wünsche, werde er sich die größte Mühe geben. Der Kaufmann giebt weitere Ordre und, siehe da, der biedere Dienstmann ruht nicht eher, bis er die Person ermittelt und seinen Auftrag ausgeführt hat; — unverzüglich giebt er wieder hiervon dem Herrn Sonne Nachricht, und alles dieses that er außer den Portokosten für 30 Pf. und 1 Glas Bier. Die Adresse des Herrn Sonne hat der Dienstmann auf dem ihm übergebenen Billet gelesen. (Hoffentlich hat der brave Dienstmann die viele Mühe doch auch noch weiter entschädigt erhalten?)

Nach einem in der Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft vorgestern von Herrn Prof. Dr. Virchow gehaltenen Vortrag über die Vergiftungen durch Niesmuscheln in Wilhelmshaven, von dem der „Nat.-Bl.“ berichtet wird, ist das Gift dieser Muscheln chemischer Natur und höchst wahrscheinlich ein flüchtiges Alkaloid. Das Gift ist, wie die an den verschiedensten Thieren angestellten Versuche ergaben, so stark, daß schon bei kleinen Gaben der Tod mit großer Schnelligkeit in Folge Lähmung der motorischen Zentren eintritt und unter Erscheinungen, die denen ähnlich sind, welche man bei Vergiftungen durch Kurare beobachtet. Die Vergiftung erfolgt sowohl bei Einverleibung der giftigen Muscheln in den Magen, als auch durch Einbringung derselben unter die Haut. Weder Kochen der Muscheln, noch Behandlung derselben mit Alkohol vermögen die Giftigkeit derselben aufzuheben. Das Niesmuschelgift gehört wahrscheinlich in die Reihe der Fischgifte, und zwar derjenigen, die bei lebenden Fischen vorkommen. Die meisten Beobachtungen dieser Art stammen aus südlichen Meeren, dem Stillen Ozean (Japan), wo bekanntlich die Fische periodisch, etwa 3 Monate im Jahre, für giftig gehalten und nicht genossen werden. Weitere Untersuchungen mit großen Mengen der Muscheln werden höchst wahrscheinlich auch zur Darstellung des Alkaloids führen. Von praktischer Wichtigkeit ist, daß die giftigen und nicht giftigen Muscheln bezüglich der Farbe und des Geruchs Unterschiede zu zeigen scheinen, doch sind auch in dieser Beziehung zunächst noch weitere Untersuchungen erforderlich.

Ächtung, Jopfabsteiner! Nach einer der Kriminalpolizei zugegangenen Anzeige wurde am 9. d. M., Abends etwa gegen 7 1/2 Uhr eine junge Dame im Kasanienwäldchen von einem Unbekannten überfallen, welcher den Versuch machte, ihr den Haarkopf (einen sogenannten Poxarkopf) mit einer Schere abzuschneiden. Da die Dame sehr starkes Haar hat und außerdem um Hüfte rief, gelang es dem Räuber nicht, den Kopf vollständig zu durchschneiden. Der Attentäter, ein etwa 23 Jahre alter Mensch, von unterlegter Figur, war mit dunklem Rock und dunkler Mütze bekleidet und entkam durch die Flucht.

Die Verhandlung gegen die Marquise Rita de Candia wegen etwa 50 betrügerischer Handlungen ist auf den 24. November angesetzt. Bei dem Aufsehen, das diese Sache wieder erregt, empfiehlt es sich, an die Vorgeschichte der Angeklagten zu erinnern. Die Marquise de Candia ist am 11. März 1852 in London geboren; ihre Eltern, noch vor wenigen Jahrzehnten gefeierte Talente in der Theaterwelt, waren der Tenorist Mario und die Sängerin Giulia Grisi. Mario hieß eigentlich Giuseppe Marquis de Candia. Als sardinischer Jägeroffizier wurde er wegen eines Jugendstreiches nach Cagliari verwiesen und flüchtete, da man ihm den Abschied verweigerte nach Paris. Dort fand in der Gesellschaft sein wunderbarer Tenor so viel Bewunderer, daß ihm der Direktor der Großen Oper ein erstes Engagement mit monatlich 1500 Frs. andot. Nach zweijährigen Studien unter Bonchard und Dorogni trat Mario, wie der Marquis sich nun nannte, am 2. Dezember 1858 zum ersten Mal als Robert der Teufel auf. Bald wurde er neben Kubini für die italienische Oper gewonnen und begründete seinen Weltlauf durch Gastspiele in Petersburg und London. Giulia Grisi ist am 28. Juli 1811 zu Mailand geboren und debütierte 1828 in Bologna als Emma in Rossini's „Belshazzar“. Ihr Ruf verbreitete sich schnell über ganz Europa. Der Glanz ihrer Stimme vereinte sich mit wahrhaft antiker Schönheit. Verschiedene Opern, so die „Bucitaner“ von Bellini, wurden eigens für sie geschrieben; ihre bedeutendste Leistung aber war und blieb Norma. 15 Jahre hindurch sang sie als Prima donna abwechselnd in Paris und London. 1856 verheiratete sie sich mit dem Sänger Mario, nachdem ihre erste Ehe mit dem französischen Marquis de Relny geschehen worden war. Die Neuwermählten unternahm größere Reisen, darunter eine nach Nordamerika. Der Ehe des Mario und der Grisi entsprossen 5 Kinder. Auf einer Reise nach Petersburg mit ihrem Gatten begriffen, erkrankte die Grisi hier in Berlin und starb hier am 28. November 1869. Der Vater der angeklagten Marquise de Candia vertheilte noch bei Lebzeiten sein großes Vermögen unter seine Kinder und beehrte sich nur den Mißbrauch vor. Auf Rita fielen 100 000 Lire, die auf dem Veisamt zu Florenz deponirt wurden. Dieses Kapital hat sie in einem einzigen Jahre verschwendet. Ihr Vater war kurz vor seinem Tode noch in bittere Noth gerathen und lebte von Unterstützungen, die ihm hochherzige Freunde gewährten. Er starb zu Rom im Dezember 1883. Die Angeklagte, die vor einigen Jahren hier in Berlin bereits den Offensarbeits leistete, hat Schulden in Höhe von 25 000 M. gemacht. Kredit mußte sie sich durch ihr vornehmeres Auftreten, ihre glänzende Toilette und durch den Klang ihres Titels zu verschaffen. Von den 55 Zeugen ist mehr als die Hälfte kommissarisch vernommen worden, darunter einige in London, in Rom und Florenz.

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 25. bis 31. Oktober von je 1000 Einwohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 21,0, in Breslau 25,2, in Königsberg 32,0, in Köln 23,0, in Frankfurt a. M. 18,3, in Hannover 17,6, in Kassel 20,3, in Magdeburg 19,1, in Stettin 15,8, in Altona 21,1, in Stralsburg 14,3, in Reg. 18,5, in München 27,9, in Nürnberg 20,9, in Augsburg 29,1, in Karlsruhe 12,5, in Braunschweig 20,6, in Hamburg 24,0, in Wien 21,5, in Budapest 22,3, in Prag 29,6, in Triest 22,5, in Krakau 30,9, in Basel 18,9, in Brüssel 18,3, in Amsterdam 20,6, in Paris 20,5, in London 17,5, in Glasgow 27,4, in Liverpool 23,4, in Dublin 25,6, in Edinburgh 15,6, in Kopenhagen 16,7, in Stockholm 20,3, in Christiania 24,8, in Petersburg 22,4, in Warschau 24,9, in Odessa 33,4, in Rom 22,4, in Turin —, in Bukarest —, in Madrid —, in Alexandrien —. Ferner in der Zeit vom 4. bis 10. Oktober: in New-York 20,9, in Philadelphia 18,7, in San Francisco —, in Baltimore 20,1, in Kailutta —, in Bombay 28,0, in Madras 32,8. — Die sanitären Verhältnisse in Berlin blieben auch in dieser Berichtswache günstige; insbesondere war die Sterblichkeit der Kinder im Alter von noch nicht einem Jahre eine für Berlin geringe. — Von den Infektionskrankheiten zeigten nur Malaria und Scharlach eine Steigerung der neuen Erkrankungen, erstere besonders im Stralauer Viertel, letztere in der Rosenhale und Draniensburger Vorstadt. Diphtherie und Unterleibstypus riefen weniger Erkrankungen hervor, erstere hat namentlich im Stralauer Viertel, in der Rosenhale und Draniensburger Vorstadt und auf dem Wedding größere Verbreitung gefunden, während letztere eigentlich nur in dem Tempelhofer Vorstadtbezirk häufiger zum Vorschein kamen. Doch war der Verlauf der letzteren Krankheitsformen vielfach ein tödtlicher. Kieferartige Entzündungen des Zellgewebes der Haut und Erkrankungen im Wochenbett zeigten keine wesentliche Veränderung in ihrem Vorkommen. Wechselstücker gelangten seltener zur Behandlung. Auch akute entzündliche Prozesse der Athmungsorgane haben etwas abgenommen, während der Reuchhusten in einer größeren Zahl von

Fällen zum Vorschein kam, auch mehr Sterbefälle hervorrief. Darmkatarrhe und Brechdurchfälle der Kinder blieben in beschränkter Zahl, Ruhe zeigte sich nur in vereinzelten Fällen. Erwas häufiger als in der Vorwoche wurden Erkrankungen an akutem Gelenkrheumatismus beobachtet, während andere rheumatische Beschwerden in wenig gegen die Vorwoche veränderter Zahl zur Behandlung gelangten.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Ausnutzung der Arbeitslosigkeit. Im August fallte das Eisenwerk von Düttmann u. Briz in Jenaßburg. Es wurde seitdem das Geschäft für Rechnung der Masse fortgeführt. Um nicht gänzlich arbeitslos zu werden, haben sich die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnabzüge gefallen lassen, welche die Höhe von über 50 pCt. erreicht haben. So wurde kürzlich einem um Arbeit nachsuchenden Schloffer ein Arbeitslohn von wöchentlich — M. 8 angeboten. Raum glaublich! wird dabei mancher Leser ausrufen, und doch ist dies bittere Wahrheit. Die Arbeiterinnen, welche zum Eisenwaden verwendet werden, sollen jetzt nur noch M. 3 wöchentlich erhalten. Und das Alles deshalb, um den Gläubigern einige Prozente mehr zuzulassen!

Der Selbstmord als gesellschaftliche Massenerscheinung ist ein charakteristisches Kennzeichen unseres kapitalistischen Zeitalters. In den Großstädten, den Mittelpunkten des Verkehrs und den Exploitationsherden wirtschaftlicher Krisen, hat von Jahr zu Jahr die Selbstmordfrequenz zugenommen. Aus Oesterreich liegt in der amtlichen „Statistischen Monatschrift“ interessantes Material vor. Es betrug z. B. die Zahl der Selbstmordfälle

	1874—1878	1879—1883	perzentuale Vermehrung gegen das vorherg. Jahr
in Wien . . .	1020	1101	7.94
in Prag . . .	297	359	20.88
in Graz . . .	151	201	33.11
in Triest . . .	114	155	35.96
in Lemberg . . .	147	157	6.80

Sieht man die Bevölkerung in Betracht und vergleicht sie mit der Durchschnittszahl der Selbstmorde in den beiden abgelaufenen Quinquennien, so findet man:

	1874—1878	1879—1883	1874—1878	1879—1883
Jahresdurchschnitt der Selbstmorde	entfallen	entfallen	auf je 100 000 Einw.	auf je 100 000 Einw.
in Wien . . .	204	220	28.93	31.19
in Prag . . .	59	72	38.06	46.21
in Graz . . .	30	40	32.61	43.09
in Triest . . .	23	31	16.31	21.87
in Lemberg . . .	29	32	65.91	71.82

Fassen wir ferner den Antheil der Selbstmorde an der Gesamtzahl der Todesfälle überhaupt in's Auge, so ergibt sich folgendes Bild.

	die Gesamtzahl von Todesfällen	perzent. Antheil der Selbstmorde an der Gesamtsterblichkeit
in Wien 1874—1878	107 900	0.94
1879—1883	112 465	0.97
in Prag 1874—1878	35 848	0.82
1879—1883	33 635	1.62
in Graz 1874—1878	16 225	0.93
1879—1883	15 604	1.29
in Triest 1874—1878	24 137	0.47
1879—1883	24 157	0.64
in Lemberg 1874—1878	19 073	0.77
1879—1883	20 298	0.77

Der perzentuale Antheil, mit welchem die Selbstmorde an der Gesamtzahl der vorkommenden Todesfälle partizipiren, ist also getiegen. Ueberall nach jeder Richtung hin ist eine bedeutende Zunahme der Selbstmordiffer festzustellen. Und daß das Hauptmotiv zum Selbstmord wirtschaftlicher Natur ist, das kann selbst der radikalste Dilettant nicht mehr ableugnen. Die Moralkritik hat diese Thatsache schlagend nachgewiesen, und die Beweise lieferte aus amtlicher Quelle die offizielle Statistik. So lange aber die Wurzel des Uebels nicht entfernt wird, so lange nicht eine rationellere Regelung des Produktionsprozesses vorhanden, wird der Selbstmord eine gesellschaftliche Institution bleiben, wie Prostitution, Massenarmuth und Aehnliches.

Arbeiterkolonien. Wir haben es schon mehrfach beklagt, daß in den deutschen Arbeiterkolonien allzuviel pfäffisches Wesen sich kundgibt und dadurch der Zweck derselben zu nichte macht oder wenigstens beeinträchtigt. Zahlreiche ordentliche Arbeitslose und besserungsfähige Personen werden durch das öde Ableiten von Gebeten und Gesängen gradezu abgeschreckt. Auf den Verpflegungstationen spricht der meist ungebildete „Kastellan“ mit schalfriger Miene ein Tischgebet her, des Abends stimmt er verdrossen einen Singang an — und das heißt dann „innere Mission“. Nicht viel besser geht es auf den Arbeiterkolonien selbst zu. So wird namentlich in der Nähe von Düsseldorf eine katholische Arbeiterkolonie gegründet und unter die Aufsicht der Franziskaner zu Waldreithaus gestellt. Den jetzt in Norddeutschland bestehenden Arbeiterkolonien ist nämlich mehr oder weniger ein orthodox-epangelischer Siegel aufgedrückt, und es soll vorgekommen sein, daß Katholiken nicht so leicht Aufnahme gewährt worden ist, als den Protestanten. Nun wird in der rheinischen Kolonie wohl kein Protestant aufgenommen werden. So erstreckt sich der konfessionelle Hader bis in die „Werke der Darmbergigkeit“. Wir haben schon mehrfach erklärt, daß wir den Arbeiterkolonien bei unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung und einen gewissen Nutzen nicht abzuspüren vermögen; wächst denselben aber die Orthodorie über den Kopf, dann schädigen sie mindestens so viel als sie nützen.

Ueber die Lohnverhältnisse in dem industriereichen Regierungsbezirk Düsseldorf macht der dortige Fabrik-Inspektor Mittheilungen, aus denen man erseht, daß derselbe Verhältniß von den Arbeiterverhältnissen hat. Der Inspektor läßt sich folgendermaßen aus: „Berücksichtigt man, daß ein mit grober Arbeit beschäftigter Fabrikarbeiter für seine Person jährlich mindestens 3 Blusen zu 1.80—2 M. und eben so viele Dosen zu 3 M., sowie 8—10 Paar Strümpfe zu 1 M., 3—4 Paar Holschuhe zu 60 Pf. und 1—2 Paar Lederschuhe zu 10 M. verbraucht, daß ferner der Bedarf der Frau und Kinder an Kleidungsstücken, sowie die Steuern, Schulgelder und Unterrichtsmittel gedeckt und wöchentlich etwa 50 Pf. für Stopp- und Filzgarn, jährlich 6 M. für frisches Bettstroh angewendet werden müssen, so wird es einleuchten, daß ein mit einigemmaßen zahlreicher Familie gesegneter, in einem größeren Ort lebender Arbeiter bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 3 M. 50 Pf. den nothwendigen Geldbedarf nicht befriedigen kann, sondern seine Ansprüche noch erheblich tiefer herabsetzen muß. Hiermit stimmt es überein, daß vielfach städtische Fabrikarbeiter mit einem Tagesverdienste von 3 M. 25 Pf. könne eine fünfgliedrige Familie zur Noth gerade noch auskommen, mit einem solchen von 3 M. sei dies aber ohne schwere Entbehrungen nicht möglich. Auf dem Lande, namentlich wenn es die sonstigen Verhältnisse zulassen, daß ein wenig Land gepachtet und eine Biene gehalten werden kann, gelingt es schon eher, mit 3 M. Tagesverdienst erträglich zu wirtschaften. Indes liegt auch dann die Grenze, wo die Entbehrungen beginnen, weit über eine Lohnhöhe von 2 M. Hier nur zwei Beispiele dafür: Ein Schloffer, der eine sehr hausbühlerische Frau und außerdem noch ein erwerbsfähiges und fünf noch nicht erwerbsfähige Familienglieder hat, verdient in einem Jahre 682 M.; es ging dabei, wie er sagte, „knapp zu“. Niemand hungerte zwar, „aber manchmal war es

nahe daran“. — Ein Seidenweber, mit seiner aus Frau und drei kleinen Kindern bestehenden Familie, verdiente (1883) durchschnittlich 14 M. 30 Pf. wöchentlich, hat aber seit seiner Verheirathung vor sieben Jahren noch keinen Rock kaufen können und kommt, obgleich die Frau besser als die meisten Arbeiterfrauen wirtschaften kann, „aus den Pflöscheln nicht heraus“. — Wie schon gesagt, der Düsseldorf'sche Fabrik-Inspektor hat Verhältniß. Seine Herren Kollegen meiden meist aus solchen Gegenden, wo ungefähr derselbe Lohn gezahlt wird: „Die Löhne sind den Verhältnissen angemessen; die Arbeiter kommen mit denselben gut aus.“ Von einer näheren Untersuchung, welche Ausgaben solche Arbeiter haben, wird meist Abstand genommen. Der Düsseldorf'sche Inspektor macht in der That hier eine rühmliche Ausnahme.

Ein modernes Lausgeschick. Das Löyener Kreisblatt enthält folgende Anzeige: „Kartoffeln werden gegen Zahlung von drei Liter Branntwein pro Scheffel ertragsgenommen von der Domäne Pletunowen.“ — Man könnte dieses Lausgeschick auch nennen: Schnaps gegen Schnaps. Denn daß aus den getauften Kartoffeln gleichfalls Spiritus erzeugt wird, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen. Und die heulmeiern die Herren Konseroativen, zu denen sicherlich jene Domänenpächter auch gehört, aber die immer größer werdende Unfruchtbarkeit im Volke! Wölfe in Schafskleidern!

Wie man sich das wirtschaftliche Leben in den deutschen Kolonien in späterer Zeit denkt, davon giebt der Vortrag Zeugnis, den der Vorsitzende der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, Herr Dr. Peters, kürzlich in Essen gehalten hat. Von einer landwirtschaftlichen Kolonisation im Sinne der Hinüberleitung der deutschen Auswanderung in jene Gegenden will der Vortragende nichts wissen; nur eine Plantagenwirtschaft dürfte eingerichtet werden. Das könne aber nur durch Ankauf von Sklaven geschehen. Diese Sklaven müßten nach und nach der Prostitution zugänglich gemacht werden, sie müßten gezwungen werden, Kleider zu tragen und dieselben abarbeiten. — Eine nette Kolonisation, die sich würdig der früheren der Spanier und Portugiesen zur Seite stellt!

Ueber die Berichte der deutschen Fabrik-Inspektoren für das Jahr 1884 bringt die „Kammer“ eine Besprechung von Dr. Emanuel Sax. In derselben wird wieder auf die Unübersichtlichkeit und geringe Eintheillichkeit, sowie auf den Mangel eines General-Berichtes hingewiesen. Die 48 Einzel-Berichte der deutschen Aufsichtsbereiche, bemerkt Dr. Sax, „ziehen im Ganzenmarisch an uns vorüber und bis auf ein dürftige Tabellen fehlt es an jeder Zusammenfassung zu einheitlichen Bildern. Unter solchen Umständen müßte man warten, daß das Reichsamt des Innern, in dem diese Zusammenstellungen vorgenommen werden, wenigstens für die schnellste Veröffentlichung derselben Sorge trägt, aber es scheint, daß die Redaktion der „Amtlichen Mittheilungen“ aus diesen Berichten viel Mühe macht, sonst wäre es undegreiflich, warum die reichlichen Inspektionsberichte, die doch einen General-Bericht enthalten, schon im März ausgegeben werden konnten, während die deutschen erst jetzt zur Ausgabe gelangen.“

Die Schiffdarmachung des Rheins bis Köln für die Schiffe ist auch so ein Schmerzenskind für Deutschland, z. B. der Nord-Ostsee-Kanal. Der Widerstand Hollands, der wohl zu überwinden sein, wenn die preussische Regierung die nöthigen und in anderen Sachen manchmal übertriebene Energie voringe. Uebrigens existirt schon eine allerdings male Seeverbindung auf dem Rhein. Ein Dampfer, die „Industrie“, welchen, wie wir seiner Zeit mittheilten, eine deutsche Gesellschaft im Auslande erbauen ließ, hat seit dem 1. März bis jetzt fünf direkte Fahrten von Köln nach London zurück gemacht, jedoch stoßen diese Fahrten auf große Schwierigkeiten, da vielfache Untiefen vorhanden sind, deren Beseitigung, wenn von einem ergiebigen Verkehr die Rede sein sollte, nothwendig ist. Sollte da der Staat nicht die Initiative ergreifen müssen?

Der Streik der Hafenarbeiter im Staate Rhein, der dem Handel äußerst nachtheilig zu werden beginnt, ist der Beschluß auf weitere drei Wochen verlängert worden. Man glaubt an einen endgiltigen Sieg der Arbeiter.

Vereine und Versammlungen.

Zentralkrankenkasse der Buchbinder (Verwaltungsbüro Berlin). Sonnabend, den 14. November, Abends 9 Uhr, im Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20; Auktionen, Haupt-Versammlung. Tagesordnung: Wahl von 12 Mitgliedern zur außerordentlichen Generalversammlung. (Schiedenes. Quittungsbuch legitimirt.)

Arbeiter-Bezirksverein „Gemeinlichkeit“ für Arbeiterdorf und Umgegend. Sonntag, 15. November, Vormittag 11 Uhr, im Locale des Herrn Budewitz, Hausotterstr. 4; Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Anst. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. (Schiedenes. Quittungsbuch legitimirt.)

Fachverein der Fischer. Montag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße; außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Antrag, betreffend Wahl einer Fachkommission, 2) Bericht der Verein hinsichtlich der Gewerkschaftsbewegung, nächster Zeit zu thun? 3) Antrag des Vorstandes, betreffend Änderung betreffend. 4) Verschiedene Vereinsangelegenheiten. (Schiedenes. Quittungsbuch legitimirt.) Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Zentral-Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich auf der Tischlerherberge, Blumenstraße 56. Adressenwechsel selbst an Wochentagen von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Abends Sonntag von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Sonnabend Vormittag 9 bis 11 Uhr Vormittags werden dort auch neue Mitglieder in den Verein aufgenommen.

Bezirks-Verein der arb. Bevölkerung des Berliner. Montag, den 16. November, Abends 8 Uhr, im „Kaiserhallen“, Alte Jakobstr. 120, Versammlung. Tagesordnung: 1. Politischer Vortrag des Herrn Pöschel. 2. Verschiedenes. Bitte willkommen. Die Wählerlisten für den 10. Wahlbezirk liegen Rittenwalderstr. 2 im Sigarenversteher zur Einsicht für Jedermann aus.

Fachverein der Metallarbeiter in Gieß-, Wasser- und Dampf-Armaturen. Heute Abend 8 Uhr Versammlung im Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Wahl des ersten Vorsitzenden. 2. Bericht des Herrn Michelsen. 3. Quartalsabrechnung. 4. Abrechnung der Arbeitsergebnisse.

Fachverein der Steinbruder und Lithographen außerordentliche Generalversammlung Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, im Palmen-Saal, Neue Grünstraße 20. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Städt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Generalversammlung der Zimmerleute Berlin am Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, in der Lohhalle, Friedrichstraße 112. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung über die gesammelten Beiträge und Ausgaben des Generalfonds. 2. Befragung der Fragen, die von Seiten des Bundes der Bau-, Klempner- und Zimmermeister zu Berlin an die Lohnkommission ergangen sind. 3. Verschiedenes.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 7 des „Illustrirten Tageblatt“ bei.

Divisektion.

Aus der Literatur über diesen Gegenstand zusammengestellt.
III.

5. Sittliche Gefahren durch die Divisektion.
Daß diese Forschungsmethode gefühloerhörend nicht bloß auf diejenigen, welche sie berufsmäßig ausüben, sondern auch auf die Zuschauer einwirken muß, bedarf kaum der Erwähnung. Was ist nun aber die weitere Folge davon? Sie ist die, daß bei den Medizinern, also bei den zukünftigen Ärzten unserer Familien eine besorgniserregende Gefühl- und Mitleidslosigkeit erzeugt wird. Der um die Humanität durch seine vielen Schriften hochverdiente Dr. med. G. Reich sagt: „Es kann doch Niemand so dumm sein, zu glauben, daß derselbe Experimentator, welcher Vormittags die Haut von Hund mit Reizmittel bestreicht, anzulände und an den jämmerlich unter den entsetzlichen Qualen verdorrten unglückseligen Wesen diese und jene Studien macht, daß derselbe heralose, kannibalische Schinder Nachmittags seine Mitmenschen sorgfältig und mit Aufgebot der Nächstenliebe behandeln werde. Im Gegenstand ist es in 99 von 100 Fällen gewiß, daß diese Behandlung nur eine Reihe von Experimenten sei und den Patienten schließlich dem Segel der pathologischen Anatomie überantwortet.“

Wie hohe Zeit es ist, der divisektionen Richtung Einhalt zu thun, erhebt aus einem Artikel in der Wiener Medizinischen Zeitung 1882, Nr. 51. Es wird dort nämlich das Verlangen ausgesprochen, in Budapest für die Professoren der Pathologie und der Pharmakologie eigene kleine Versuchskliniken zu errichten an Patienten einzurichten! Daß übrigens an den Kranken experimentiert wird, bezeugt z. B. Dr. mod. Guardia auf Seite 733 seines Buches „System der Chirurgie“: „Man braucht nur zu viel Experimentalkirurgie in den Hospitälern. Man glaubt nicht, in wie hohem Grade die Gewohnheit des Divisektionens die ganze heutige Operationspraxis beeinflusst.“ Derselben konstatiert einer der wärmsten Anhänger der Divisektion, Prof. Falk in Marburg, in einem Artikel in Nr. 93 der „Düsseldorfer“ 1880, „daß in manchen Krankenhäusern der Mißbrauch herrsche, daß Kranke zu gewagten Experimenten verwendet werden.“ Und der Autor der Schrift: „La ligne contre les vivisections“ (Paris 1879) macht auf Seite 54 die Bemerkung: „Wie es gar nicht anders erwartet werden kann die Moral des Laboratoriums und des Operationszimmers ist auch die des Hospitals, und man widmet hier den Weiden der Kranken eben so wenig Aufmerksamkeit wie dort denen der Thiere. Unter dem Vorwande, daß sie gratis behandelt werden, geht man nur zu oft mit ihnen um, als hätten sie weder Rechte noch Gefühle, und als wären sie nur empfindungslose Objekte zur Experimentation. Die Hospitälere werden mehr als praktische Laboratorien betrachtet wie als Versuchskliniken für die mittellosen Kranken.“ Ferner sagt der Divisektionsexperimentator Prof. Gyon auf Seite 8 seiner „Méthode der physiologischen Experimente“: „Der Arzt, welcher mit Absicht von der Thierquälerei bei physiologischen Versuchen spricht, möge sich nur erinnern, wie oft er dem Kranken höchst widerwärtige und nicht immer gefahrlose Mittel verschrieben, um über deren Wirkung irgend welche Aufschlüsse zu erhalten. Gar manche chirurgische Operation wird weniger zum Heile des Kranken, als zum Nutzen der Wissenschaft vorgenommen.“ Ein anderer Divisektionsexperimentator, Prof. von Vessier in Leipzig, legt auf Seite 309 in Virchow's Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin (ausgegeben am 12. Februar 1880), am Schlusse eines Berichts über tödliche Verdrüßung zahlreicher lebendiger Hunde und Kaninchen (an denen er zum Theil vorher die tödliche Operation des Rückenmarkschneidens vorgenommen hatte) das folgende offene Bekenntnis ab: „Die experimentelle Prüfung obiger therapeutischer Vorschläge habe ich unvollständig gelassen. Solche Experimente gehören an das Krankenbett, nachdem die wissenschaftliche Forschung durch Thierversuche ihre Bestätigung nachgewiesen hat.“

Sämmliche politischen Parteien, die das Wohl der arbeitenden Klassen auf ihre Fahne geschrieben haben, sollten die schweren Schädigungen ernstlich ins Auge fassen und prüfen, welche aus der heutigen divisektionellen Richtung unseres medizinischen Unterrichts so leicht für die Krankenbehandlung in öffentlichen Hospitälern sich ergeben. Denn kein gewissenhafter Volkstreuend kann es leugnen wollen, daß die durch das Aboliren eines systematischen Divisektionsturses ganz unmerklich nach und nach eintretende Abstumpfung des Mitleids-

gefühls in unseren zukünftigen Ärzten praktisch nimmermehr gute Früchte tragen kann. Woher fließt denn den Hospitälern ihr massenhaftes Krankenmaterial zu? Zum allergrößten Theile aus den so vielen Unfällen und Erkrankungsbursachen ausgelegten arbeitenden Klassen! Und sowohl der Staat als die Presse haben doch wahrlich die heilige Pflicht, diese Schwachen und Elenden gegen schändliche Ausschreitungen bergerühmter und mitleidsloser Schüler der Divisektionen Labortorien zu beschützen!

6. Die Bewegung gegen die Divisektion.
In Großbritannien sah sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung, welche kräftige Maßregeln gegen diese wissenschaftliche Unmenschlichkeit begehrte, die Regierung schon im Jahre 1875 veranlaßt, eine Kommission zu ernennen, welche allen zur Behandlung des Gegenstandes erforderlichen Stoff sammeln sollte. Diese Kommission, der auch hervorragende Divisektionen angehörten, gab ein Gutachten ab, das 388 Foliosseiten mit 6531 Paragraphen umfaßt. Auf Grund dieses Gutachtens legte die Regierung dem Parlamente einen Gesetzentwurf, betreffend die Einschränkung der Divisektion vor, und derselbe wurde mit wenigen Aenderungen am 15. August 1876 vom Parlamente angenommen. Durch dieses Gesetz werden bei einer Geldbuße von 50 Pfund Sterling (1000 Mark) und im Wiederholungsfall bis zu 100 Pfund (2000 Mark) Strafe oder bis zu 3 Monaten Gefängnis alle unnützen und grausamen oder aus bloßer Liebhaberei angestellten qualvollen Experimente an lebenden Thieren verboten. Daneben wird verordnet, daß eine Divisektion ohne vorangegangene Betäubung des Thieres nicht stattfinden darf, und daß dieses getödtet werden muß, ehe es aus der Betäubung erwacht; ferner wird bestimmt, daß an Hunden, Katzen, Ferkeln, Eiern und Nauseln qualvolle Experimente nicht gemacht werden dürfen und schließlich, daß wenn im Interesse der Wissenschaft eine Abweichung von diesen Vorschriften für nöthig erachtet werden sollte, eine solche Ausnahme ohne besondere Erlaubnis des Ministers nicht stattfinden dürfe.

Selbst diejenigen, welche die Divisektion für ganz unentbehrlich erklären, müssen sich darin beipflichten, daß die Divisektion auf die allernothwendigsten Fälle beschränkt werden sollte. Es sind, sagen wir, alle nicht zweifellos notwendigen Divisektionen streng zu vermeiden und ebenso alle bei den nothwendigen Divisektionen unnötigen Schmerzerezeugungen. Die Wissenschaft ist noch nicht das Höchste in der Welt, sonst müßte auch die Divisektion von Menschen erlaubt sein. Die Hauptsache ist immer, sittlich gut zu bleiben. Ein Schriftsteller sagt: „Lasset den Namen Wissenschaft nicht verhaßt werden durch die Verantwortlichkeit für Thaten, welche, wenn öffentlich auf unseren Straßen vollführt, die Verwünschungen selbst der rohesten Menge wachrufen würden.“

Politische Uebersicht.

Herr Eugen Richter gefüllt sich darin, in seiner „Freisinnigen Zeitung“ einen Cierans aufzuführen, dessen Wirksamkeit entschieden komische sind. Nachdem wir ihm und seinem Stabe nachgewiesen haben, daß sie aus Freiheit nicht einmal die Forderung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in das Programm der deutschfreisinnigen Partei aufgenommen, macht er in der „Freis. Zig.“ die posserlichsten Sprünge, um diese Thatfache aus der Welt zu eskamotieren, was ihm freilich niemals gelingen kann. Daß wir ihm mit unserer Entgegnung vollständig abgethan haben, fühlt er recht gut, er weiß sich indes zu helfen. Geschwindigste ist keine Deyerlei und flugs nimmt er einen anderen Artikel aus unserem Blatte zu Hilfe, um diesen mit dem gegen ihn und sein Organ gerichteten zu einem passenden Brei für sein Stammpublikum zu verarbeiten. Der Zweck ist leicht zu errathen. Herr Richter kann in dieser Weise die Leser der „Freis. Zig.“ — andere dürften schwerlich dumm genug dazu sein — besser demogeln, er glaubt sich hinter dem dieser Richtung entseigenden Dunst vor weiteren Ausdeutungen seiner Blöße geborgen. Hören wir, was der große Volkstribun in seiner „Freis. Zig.“ sagt. Zunächst heißt es da:

„Arbeiter-Enttäuschung der größten Art treibt das sozialistische „Berliner Volksblatt“. Dasselbe hatte in einem Artikel behauptet, Schulze-Delitsch habe f. B. gesagt, die Arbeiter sollten sich von der Politik fernhalten. Bekanntlich ist das gerade Gegenteil die

Wahrheit. Von einem anderen Blatte darauf aufmerksam gemacht, sucht das sozialistische Blatt die elendesten Ausreden. „Darauf, ob gerade Schulze-Delitsch wirklich gesagt hat, die Arbeiter sollten sich von der Politik fern halten, läme es nicht an. Nebenliche Neugezungen seien aber von fortschrittlichen Wortführern gefallen.“ Auch das ist natürlich blanke Erfindung. Das sozialistische Blatt ist nicht entfernt im Stande, solche Neugezungen vorzuführen.

Herr Richter und seine Helfer wissen ganz genau, was wir mit unserer Behauptung sagen wollten. Er liebt es aber auch hier, wie immer, mit elenden Wortklaudereien zu operieren. Nicht nur Herr Schulze, sondern auch die meisten übrigen Parteiführer der damaligen Fortschrittspartei haben nach Kräften versucht, die Arbeiter von der Politik fernzuhalten — soweit die Arbeiter Politik für sich als Arbeiter, oder sozialdemokratische Partei treiben wollten. Daß Herr Schulze oder ein anderer Fortschrittler damaliger Zeit die Abticht gehabt habe, die Arbeiter von der Politik überhaupt fernzuhalten, — das zu behaupten, ist uns gar nicht eingefallen. Im Gegentheil, sie haben Alles aufgeboten, um das arbeitende Volk auch ferner im Schlepptau des Fortschrittlertums zu behalten. Kein Mittel war diesen Helden zu schlecht, wenn es galt, die Arbeiter an der Bildung einer selbstständigen Partei zu verhindern. — Wer war es, der die Arbeiter aufreizte, dem edlen Ferd. Vassalle in der Versammlung im „Edorado“ ins Gesicht zu spucken? Welche Leute kamen in der großen Arbeiterversammlung in Solingen mit offenen Messern in den Saal? Zu welcher Partei zählten jene Herren, die in der historischen Versammlung in Barmen mit Flisten erschienen, um die Arbeiter in ihren Verhandlungen zu füren? Zu welcher Partei zählten die Berliner Redner, welche zu jener Zeit faustdicke Bügen über den Verlauf der genannten Versammlungen in die Welt setzten und jede Berichtigung verweigerten, so daß Vassalle seine Zusucht zu konservativen Blättern nehmen mußte? Wissen Sie es, Herr Richter? Gewiß ist Ihnen das bekannt, aber weil Sie sich nicht scheuen, in derselben Weise zu verdröhen, wollen wir Ihnen das hier noch einmal extra sagen: es waren ihre Vorgänger, die Freunde und Anhänger des Herrn Schulze, in dessen Fußstapfen Sie heute treten. Ja, ganz in dem Geleise jener „Männer“ waten Sie heute, Sie haben ihre Vorbilder fast getreu kopirt, nur sind Sie viel plumper in der Wahl Ihrer Mittel, Sie bedenken nicht, daß zwischen jener Zeit und heute ein gewaltiger Abstand liegt und daß daher feinere Kräfte nöthig sind, als die Ihrigen, um die Arbeiter hinter sich zu loden. Die Plumpheit der Redner des Herrn Richter geht deutlich genug aus den weiteren Ausführungen der „Freisinnigen Zeitung“ hervor. Dieselbe fährt fort:

„Ein anderes Beispiel der in dem sozialistischen „Berliner Volksblatt“ üblichen Verdröchtigung giebt folgendes: Das freisinnige Parteiprogramm beschäftigt sich bekanntlich ausschließlich mit Reichstagsangelegenheiten nicht aber mit Fragen der Landesgesetzgebung. Eben deshalb ist auch in diesem Programme nicht von dem Landeswahlrecht oder der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts die Rede. Das sozialistische Blatt aber sucht letzteren Umstand als jämmerliche Feigheit hinzustellen. — Femeher die sozialistische Presse durch das Sozialistengesetz der Regierung gegenüber eingeschränkt ist, desto mehr sucht sie sich in Schimpfreden und falschen Beschuldigungen an der freisinnigen Partei zu erholen.“

Sonderbar, höchst sonderbar! Die frühere Fortschrittspartei, welcher der brave Eugen angehörte und die er durch die Verwandlung in eine „deutschfreisinnige“ gehörig verbalhört hat, berief sich bei allen Wahlen, sowie überall in der Öffentlichkeit auf ihr Programm, wie denn ja auch jede Partei, sobald sie Anspruch darauf machen will, nicht zu einer Regierungspartei sans phrase gerechnet zu werden, sich mit einem gewissen Stolz auf ihr Programm beruft. In dem Programme einer Partei wird Alles niedergelegt, was diese Partei erstreben will und selbst wenn dieselbe außerordentliche Wünsche bei gewissen Gelegenheiten zur Schau trägt, so müssen sich dieselben doch immer mit den Forderungen des Programms decken. Daß in einem Parteiprogramm Forderungen enthalten sind, welche nur das aussprechen, was die vorgeschrittensten Geister der Partei herbeiwünschen, ist erklärlich; daß aber die Forderungen darin fehlen, über welche sich die Führer einig sind, dürfte trotz

publickums erringen, wenn die Worte unserer hervorragenden Schriftstellerinnen in Tausenden von Exemplaren erscheinen, schnell vergriffen werden und den Autoren Ruhm und Gold bringen, dann erinnern sich die männlichen Kollegen sofort daran, daß sie doch eigentlich Herren der Schöpfung seien und einen größeren Schadel besitzen, dann sprechen sie im Bollgefühl ihrer Erhabenheit verächtlich von der Leidenschaft der Frau für Linie, von dem „Nachwerk“ von Frauen für Frauen“ geschrieben, um damit „Geld“ zu verdienen.

Für Frauen geschrieben, von Frauen gelesen — leider theilen die Herren Kollegen dies Schicksal durchaus, denn das bei Weitem größte Kontingent zum gesammten Lesepublikum stellen doch die Frauen, nur ein kleiner Bruchtheil desselben kommt auf die männlichen Individuen. Welcher Mann findet denn heutzutage noch Interesse an harmloser Lektüre? Er lebt lieber die Romane des Lebens, als daß er sie liest, und selbst einer unserer ersten Kritiker und Schriftsteller, bei dem man doch Interesse für literarische Erzeugnisse voraussetzen sollte, erklärt offen, daß sich bei ihm jeder Roman von vornherein am besten empfehle, der — nur einen Band stark sei.

Die Frauen schreiben, um Geld zu verdienen — ja nehmen denn die Herren Autoren kein Geld für ihre Leistungen, ihre Arbeit? Wieviel wir auch forschten und fragten, nirgends ward uns die Kunde von einer milden Stiftung, welche aus den Erträgen zurückgewiesener Schriftstellerhonorare dotirt wird. Ob Fürst, ob Journalist, der Ehre und des Vergnügens wegen ganz allein schreibt Niemand und warum auch? Weshalb soll man sein Talent nicht verwerten, nicht die Früchte christlicher Arbeit einheimfen — muß denn nicht auch der Schriftsteller, der Künstler leben, befriedigt das Schwelgen in Idealen, die Begeisterung für alles Hohe und Schöne die Ansprüche des realen Lebens? Und wenn die Frau, wie dies bei unseren sozialen Verhältnissen ja so häufig der Fall — darauf angewiesen ist, Geld zu erwerben, soll sie dies nicht durch Ausnutzung eines

Weibliche Kollegen.

Plauderei von B. B. Zell.

(Schwarz verboten.)
Raum dürfte es möglich sein, dem Thema, das wir an dieser Stelle zu variiren gedenken, noch neue Klangfarben abzugewinnen und dennoch sei's gewagt! Der Stoff ist eben unerschöpflich — genau so unerschöpflich wie die Angriffe, welche der Gegenstand zu erleiden hat — wir meinen die Schriftstellerei der Frauen.

Für die Befähigung und Berechtigung der Frau zur literarischen Thätigkeit noch eine Lanze brechen zu wollen, heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen, denn beides ist längst erwiesen, durch Thatfachen bestätigt, von glänzenden Erfolgen gekrönt. Trodtem erfordern die immer lebendigen höhnischen Angriffe der Herren Kollegen — zum Glück nur eines Theils derselben! — auch stets erneute Abwehr, sowie ein scharfes Betonen dessen, was die femina in der Literatur eigentlich leisten können und wollen.

Nehmen wir also zuerst die Befähigung der Frau. Da wird nun allerdings von den Gegnern gleich von vornherein Schweres Geschick aufgeföhren und das arme Weib mit anatomischen Gründen, die bis auf die Materie selbst zurückgreifen, mundtot zu machen gesucht. Die Thatfache indeß, daß das Gehirnvolumen der Frau kleiner als das des Mannes und sie deshalb nothwendig weniger Geistesgaben und Denkfraft besitzen müsse, verliert vollständig ihre Geltung, wenn man sich klar darüber ist, was die Schriftstellerin der Frau denn eigentlich leisten will. Sie will keine grundaehrten Werke schreiben, keine weibbewegenden Reden ausstellen, ja, ihr Ehrgeiz geht nicht einmal so weit, unergründliche Probleme lösen oder durch sie mit ihrer Feder soziale Reformen herbeizuföhren zu wollen. Nein, die Schriftstellerinnen unserer Tage wollen nichts weiter als

durch das geschriebene Wort erziehend oder unterhaltend wirken. Daß die Frau von der Natur zur Erziehung geschaffen und demgemäß veranlagt ist, wird wohl der enträrgteste Gegner nicht zu bestreiten wagen und wenn sie nun einen Schritt weiter geht und ihre scharfe Beobachtungsgabe, eine unerschöpfliche Phantasie und das Talent einer gefälligen Darstellungsweise benutzt, um fesselnde Unterhaltungslektüre für mühsame Stunden zu produziren — dazu reicht das ihr von der Natur zugestandene Quantum der Gehirnmasse sicherlich aus. Um übrigens diese Frage erschöpfend behandeln zu können, müßte vorher erwiesen werden, — leider dürfte das zu den Unmöglichkeitkeiten gehören — ob auch schon bei den ersten Menschen ein quantitativer Gehirnuunterschied vorhanden war. Nach Darwin wäre man sehr leicht zu der Annahme geneigt, daß beim Manne durch das stete Ausnutzen der geistigen Fähigkeiten das Gehirn allmählich mehr entwickelt und quantitativ mehr vergrößert wurde, bei der Frau durch vieltaufendjährige geistige Unterordnung, durch ein Brachliegenlassen der ihr verliehenen intellektuellen Eigenschaften das Gezentheil sich vollzog. Erst später mit der fortschreitenden Kultur begann die Frau sich ihrer geistigen Gaben, ihrer Ebenbürtigkeit des Mannes bewußt zu werden, versuchte, sich zu seiner Höhe heranzubilden, und wer weiß, ob, wenn die Bildung und die Denkfähigkeit des Weibes stetig so fortschreitet wie in den letzten Jahrhunderten, die Anatomen nicht nach einigen weiteren hundert Jahren bei der Frau dasselbe Quantum des Gehirnbreites konstatiren werden, wie beim Manne.

Rehren wir indeß aus Vergangenheit und Zukunft zur Gegenwart zurück. Wir haben bereits angedeutet, daß die Schriftstellerinnen Frauen nur ihr Erzähleralent ausnutzen, und unterhaltend plaudern wollen für die nur angenehm und unterhaltend plaudern wollen für die Menge der unterhaltungsbedürftigen Leser — nun wohl, Menge der unterhaltungsbedürftigen Leser — nun wohl, wer plaudert wohl pikantier und fesselnder, als eine geistreiche Frau? Und wenn diese Plaudereien, diese anspruchslosen und doch reizvollen Erzählungen den Weisfall des Lesers

Theater.

Opernhaus.

Deute: Lohengrin.

Schauspielhaus.

Deute: Ein Lustspiel.

Deutsches Theater.

Deute: Ehrensoldaten. — Die Neuvermählten. — Aus Freundschaft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Deute: Offenbach-Cyclus. Die Großherzogin von Gerolstein.

Residenz-Theater.

Deute: Theodora.

Dallner-Theater.

Deute: Herr und Frau Hippokratès. Messa-Dora.

Belle-Alliance-Theater.

Deute: Kyris-Pyris.

Balhalla-Operetten-Theater.

Deute: Don Cesar.

Viktoria-Theater.

Deute: Messalina.

Central-Theater.

Deute: Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst. Zum 106. Male: Die wilde Raube. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.

Louisenstädtisches Theater.

Deute: Gaar und Zimmermann.

Ostend-Theater.

Deute: Ein Berliner Reise-Onkel.

Königsstädtisches Theater.

Deute: Gastspiel der Kikputaner. Die kleine Baronin.

Theater der Reichshallen.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

American-Theater.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Kaufmann's Varieté.

Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Rosfordia.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatrales Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Deute und folgende Tage:

Der Lumpensammler.

Drama in 5 Akten nebst einem Vorspiel von Felix Pyat. In Paris auf dem Theatre de la Porte St. Martin über 100 Mal mit außerordentlichem Erfolge gegeben. Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Dons haben Wochentags Gültigkeit.

Maehr's Casino.

Oranienstraße 24. Raunynstraße 65a.

Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Neu! Auftreten des berühmten Nigron-Länverpaars Geschwister Footit, des Transformationskünstlers Hrn. Höffeli, des urkomischen Willms, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Fr. Büren, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten 1. Ranges. Näheres die Tagesprogramme. Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 u. Morg. bis 10 u. Ab. Kaiser-Panorama. 3. ersten Male: Die malerischen Landschaften der Pyrenäen. Savoyen und eine bequeme Route. Blanc-Vesteigung. Gertha-Reise. Karolinen-Palau-Inseln u. a. Reise 20 Bf., Kinder nur 10 Bf. Abonn. 12670

Präuser's

anatomisches Museum

im rothen Schloss

von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.

Freitag ganzer Tag Damentag.

Unserem Mitgliede D. Graumann zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß der ganze Kasien wadelt. Der Vorstand des Arbeiter-Bezirks-Vereins der Rosenthaler Vorstadt.

Neu eröffnet! Neu eröffnet! Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft zur ergebenen Nachricht, daß ich

Rottbuscher Damm 56

(Hermannsplatz)

Destillations-, Bier- u. Frühstückstube

mit franz. Billard eröffnet habe.

St. Auschank von vorzüglichem hellem und Paterhofer Lagerbier.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Zahlreichem Besuch entgegengehend, zeichnet hochachtungsvoll

A. Barthel.

Cigarren und Tabake,

Pfeifen and Cigarren-Spißen in größter Auswahl.

M. Meyer,

Koppenstraße 66, zweites Haus vom Grünen Weg.

Ein renommierter Gesangsverein im R.W. sucht gegen Vergütung einen guten Tenor.Adr. unt. Chiff. G. H. 10 Postamt 21. [2758]

Gewissenhaft abgezogene

Uhren,

zwei Jahre Garantie für gutes Gehen:

Silberne Cyl.-Uhren von 15 M. an. Goldene Damenuhren von 25 M. an. Neufil. Remontoir-Uhren von 12 M. an. Goldene Damen-Remontoir-Uhren von 35 M. an. Silberne Cyl.-Remontoir-Uhren von 24 M. an. Goldene Herren-Remontoir-Uhren von 50 M. an. Silberne Anker-Remontoir-Uhren von 32 M. an. Getragene silb. Cyl.-Uhren von 8 M. an.

Reparaturen von 1 M. an.

Max Busse,

Uhrmacher,

Invaliden-Str. Nr. 157, zwischen Uder- u. Brunnenstr.

165. Oranienstraße, Ecke Oranienplatz.

R. M. Maassen,

Oranienstraße 165, Ecke Oranienplatz.

empfiehlt einem geehrten Publikum sein großes Lager in

Herbst- und Winter-Mänteln

zu äußerst billigen aber festen Preisen bei streng reeller Bedienung.

Regenmäntel à 9, 10, 12, 15 Mk. Wintermäntel à 12, 15, 18, 20 Mk. Jaquets à 7, 8, 9, 10 Mk. bis zu den elegantesten. bis zu den elegantesten. bis zu den elegantesten.

Nähmaschinen

sämtlicher Systeme (Ringschiffchen - Nähmaschinen) Reparatur-Werkstatt. (Theilzahlung.)

2540]

E. Franko, Saarbrückerstraße Nr. 6.

Große öffentliche

Kommunalwähler - Versammlung

Montag, den 16. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Mohrmann's Salon (Königs-Park), Gr. Frankfurterstr. 137.

Referent: Herr Schloffer Emil Franke. Korreferent: Herr Tischler Gustav Voigt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Es ist Pflicht eines jeden Wählers, zu erscheinen. [2773] Das Arbeiter-Wahlkomitee.

Den Wählern des 25. Wahlbezirks hierdurch zur Kenntnis, daß die Wahllisten bei Magnus Meier im Zigarren-Geschäft, Koppenstr. 66, zur Einsicht ausliegen.

Große

Kommunalwähler-Versammlung

des 38. Wahlbezirks

am Sonntag, den 15. November, Vormittags 11 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl. Referent: Herr Stadtverordneter Görki. 2. Diskussion. 3. Aufstellung des neuen Kandidaten und Ansprache desselben. [2777]

Die Wähler des 38. Wahlbezirks werden ersucht, recht zahlreich zu dieser Versammlung zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Das Wahl-Komitee.

Große

Kommunalwähler-Versammlung

Sonntag, den 15. Novbr., Vorm. 10 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung: 1. Ansprache der beiden Kandidaten, Herr Zubeil für den 19. und Herr Herzfeldt für den 21. Kommunalwahl-Bezirk. 2. Korreferent Stadtv. Herr Fritz Görki. 3. Diskussion.

Sämtliche Wähler, ohne Unterschied, sind hierdurch freundlichst eingeladen. Die Herren Schem und Grabe, bisherige Vertreter, sind brieflich eingeladen. Das Arbeiter-Wahlkomitee. J. A. v. Kaufhold. [2776]

Große

Kommunalwähler-Versammlung

Montag, den 16. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178:

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Baake über die Uebervölkerungsfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. [2778] Der Vorstand.

Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding.

Montag, den 16. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178:

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Baake über die Uebervölkerungsfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. [2778] Der Vorstand.

Bekanntmachung. General-Versammlung der Ortskrankenkasse der Möbel-Polierer

Sonntag, den 22. November, Vormittags 10 Uhr, Grüner Weg 29 bei Seeger.

Tagesordnung: 1. Kasienbericht des Rendanten. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Anträge und Beschwerden. 4. Wahl der Revisions-Kommission. Zur Legitimation ist das Delegierten-Mandat vorzulegen. [2749] Der Vorstand.

Große öffentliche

Former - Versammlung

Sonntag, Vormittags 10 Uhr, in Niesl's Salon, Kommandantenstraße Nr. 71-72.

Tagesordnung: Vortrag. (Referent wird bekannt gemacht.) Diskussion. Der Stand des neugegründeten Fachvereins. Geschäftliches. Fragelasten. [2772] Die Kommission.

Fachverein der Rohrleger. Generalversammlung

Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, bei Wolf und Krüger, Skalitzer-Straße 126.

Tages-Ordnung: 1. Vierteljährlicher Kasienbericht. 2. Vorstand- und Kommissions-Wahl. 3. Vertretung der neuen Statuten. 4. Kasienbericht des Arbeitsnachweise-Bureaus. Es ist Pflicht jedes Rohrlegers, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Quittungsbuch legitimiert. [2770] Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung der Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. Hamburg). Ortsverwaltung Berlin C. (Halleischer u. Potsdamer Thor-Bezirk).

Montag, den 16. November, Abends 8 Uhr, Schwerinstraße 26 bei Gröndler. Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers und eines Kassiers. 2. Wichtige Kasienangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch notwendig. Buch legitimiert. [2751] Der Ortsvorstand.

Montag, den 16. Nov., Abends 8 Uhr: Versammlung des Fachvereins sämtlicher an Goldbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter

Röpnickerstraße 150. [2785] Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. s. w.

Vertikale Verwaltungsstelle Berlin N. Mitglieder-Versammlung

Montag, den 16. November, Abends 8 Uhr, in Krieger's (früher Conrad's) Salon, Wasserhorststr. 68. Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom 3. Dezember 1885. 2. Verschiedene Kasienangelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Ortsvorstand.

Avis!

Sonnabend, den 28. November, findet ein von den Mitgliedern obiger Verwaltungsstelle veranstaltetes Tanz-Kränzchen

in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39, statt, wozu die Mitglieder und Freunde der Kasse eingeladen werden. eventuelle Ueberschuß ist für unsere Invaliden bestimmt. Billets sind Sonnabends auf den Bahnhöfen und bei den Vorstandemmitgliedern, Herren a M. 0,50, Damen a M. 0,25 zu haben.

Versammlung

des Fachvereins der Berliner Etuiarbeiter

am Montag, den 16. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Salm, Annenstr. 16.

Vortrag des Herrn Dr. Völggenau: „Von der Entwicklung der Sprache in alter und neuer Zeit.“ Gäste haben Zutritt. [2769] Der Vorstand.

Möbelpolierer Berlins!

Morgen, Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, bei Dreuer, Gr. Frankfurterstr. 74/75:

Große öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung:

1. Statutenberathung zu dem neuen Verband der Polierer. 2. Verschiedenes. Daß alle Polierer erscheinen, wird erwartet.

Dritte öffentliche Quittung.

30 Mark von dem Fachverein der Drechsler zu Dresden. 16,80 Mark von dem Fachverein der Drechsler zu Chemnitz. 3,50 Mark von der Versammlung der Fabrik- und Handwerker (Zellersamml.), 4,60 Mark vom Arbeiter-Bezirksverein der „Wärts“ (Zellersamml.), 100 Mark vom Generalfonds der Berliner Zimmerleute, 25 Mark vom Fachverein der Schlosser, 30 Mark vom Verein der Risten- und Koffermacher, vom Verein zur Wahrung der Interessen der Klempner, 18,25 Mark von der öffentlichen Volksversammlung in Souchi (Zellersamml.) erhalten zu haben, bescheinigen wir hiermit. Allen Gebemern unsern besten Dank.

Die Lohnkommission der Drechsler und verwandten Berufsgenossen zu Berlin. Im Auftrage: Robert Sander mann, Vorsitzender, Gitschinerstr. 11. Karl Buchmann, Kassier, Raunynstr. 4 III.

Die Kommunalwähler-Listen

für den 19. Bezirk liegen für Jedermann zur Einsicht Stadtv. Herrn F. Görki, Admiralstr. 40, aus.

Dresdener-Straße 135. S. J. Wolf Dresden

empfiehlt für die Winterfaison sein reichhaltiges Lager von

Baletts von 20, 30 bis 40 M. in den neuesten Stoffen und Façons,

Herren- u. Knaben-Anzügen zu den billigsten Preisen.

Knaben-Anzüge von 4 M. 50 Bf. an. Anzüge nach Maß unter Garantie werden prompt angefertigt.

Brekthohlen. Alle 7,00, Marie 7,50 v. 1000

2130] liefert frei ins Haus. A. Schenk, Muskauerstraße 28.

Cigarren- und Tabak-Handlung

von Ferdinand Ewald

(Vertreter: A. Bremer), BERLIN N., Weinbergsweg 15b.

Lager aller Sorten Rauch-, Kau- und Schnupftabak, Cigaretten und Präsent-Cigaretten. [2300]

Veränderungshalber 1 Wohn-, Stube, Küche, Balkon, sofort: Vollmannstraße 33, Hof 1 Treppe. Schröder.

1 Schlafst. u. v. d. Lypsin, Großbeerenstr. 27a IV., Eingang durch Hof. Möbliertes Zimmer für 2 Herren, a 10 M., zu vermieten bei Rehner, Waldemarstraße 72. [2781]

Arbeitsmarkt. Eine Waschfrau wird in einer Waschanstalt gesucht bei Arnold, Kochstraße 38.

Ein anst. j. Mädchen kann unentgeltlich die Schreinererlernen bei Adam, Brandenburgstr. 50 I.